

Land
6. Juni 2014
Leitartikel

Scheinargument

Ines Kurschat

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit möchte man meinen: Es gebe kein Recht auf ein Kind, sondern nur Rechte von Kindern, unterstrich der Kinderbeauftragte René Schlechter diese Woche. Er bezog sich auf ein kürzlich erschienenes Minderheitsgutachten zweier Staatsratsvertreter, ob homosexuelle Paare Kinder adoptieren können sollen. Die Autoren sprechen von einem „fundamentalen Wechsel“, der mit der Öffnung der Ehe und der Adoption für Homosexuelle verbunden sei, und betonen, dass bei der Prüfung einer Adoption stets das Kindeswohl im Mittelpunkt stehen müsse.

Die betont vorgetragene Sorge um die Rechte der Kinder wäre lobenswert, allerdings haben die Rechte der Kinder in der Vergangenheit kaum eine Rolle gespielt, wenn Minderjährige hierzulande in den Erwachsenenstrafvollzug eingesperrt wurden. Mit den Kinderrechten ist es auch schnell vorbei, wenn es darum geht, Flüchtlingskinder oder auffällig gewordene Heimkinder aus Asylunterkünften oder Schulen von Polizisten in Uniform abholen zu lassen. Oder wenn es darum geht, eine Einrichtung für schwer verhaltensauffällige Kinder aufzumachen, und sich Gemeinden lieber um ihren guten Ruf sorgen als bedürftige Kinder aufzunehmen.

Selbstverständlich gibt es kein Recht auf ein adoptiertes Kind. Die gründliche und gewissenhafte Prüfung des sozio-ökonomischen und psychologischen Hintergrunds möglicher Adoptiveltern ist eine Pflicht, gilt es doch, dem Kind ein Zuhause zu finden, in dem es Geborgenheit und Liebe findet und ihm weitere Traumatisierungen oder Entwurzelungen erspart bleiben. Doch die besondere Betonung des Kindeswohls im Kontext der Diskussion um die gleichgeschlechtliche Ehe hat einen Beigeschmack, nicht nur, weil es in Luxemburg Richter gab und gibt, die homosexuellen Paaren per se die Eignung absprechen, Kindern liebevolle Eltern zu sein, weil Mutter oder Vater fehlen. Und damit auch Einelternfamilien gleich mit diskreditieren.

Die Autoren des Minoritätsgutachtens fragen, ob nicht „mit der sexuellen Orientierung verbundene Einstellungen und Verhaltensweisen“ Gegenstand einer Eignungsprüfung bei einer Adoption sein müssten. Was genau sie damit meinen, sagen sie nicht. Aber offenbar geben ihnen die Verhaltensweisen heterosexueller Menschen weniger Anlass zur Sorge. Auch verweisen sie auf vermeintliche Identitätsprobleme, die Kinder homosexueller Eltern laut Aussagen von (Luxemburger) Psychiatern in der Pubertät durchlaufen könnten.

Abgesehen davon, dass auch Kinder, die bei (heterosexuellen) Müttern und Vätern aufwachsen, von diesen vernachlässigt werden können, die sexuelle Orientierung keine Garantie für ein behütetes Aufwachsen ist, dass auch andere Kinder gehänselt werden und dass Studien keine negativen Folgen für die Entwicklung von Kindern so genannter Regenbogenfamilien nachweisen konnten, senden die Skeptiker das falsche Signal: Statt die Gesellschaft zu hinterfragen, die Kinder von lesbischen Müttern oder schwulen Vätern diskriminiert, wird das Problem den Eltern zugeschoben.

Gegner der Homo-Ehe ignorieren gerne, dass schon heute Kinder bei lesbischen Müttern und schwulen Vätern aufwachsen. Auch hier in Luxemburg. Es ist die Pflicht des Staates, sie zu schützen, unbesehen, woher sie kommen oder mit wem ihre Mutter oder ihr Vater einvernehmlich Bett und Stuhl teilt. Wer wirklich im Wohl des Kindes handeln will, sollte deshalb Sorge dafür tragen, dass alle Kinder denselben Schutz erhalten, ganz gleich, welche sexuelle Orientierung, Hautfarbe oder Herkunft ihre Eltern haben. Alles andere würde bedeuten, die Erziehungsleistung der einen Eltern höher zu bewerten als der anderen. Das jedoch ist diskriminierend.